

Avanti

2

Theoriebeilage

Kriegsgefahr und
Kampf um Sozialismus
von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

KRIEGS- & PREISTREIBER



STOPPEN!

INHALT

TITEL

- 01 INFLATION**
Kriegs- und Preistreiber stoppen?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Parlamentswahlen

INFLATION

- 03 PREISSTEIGERUNGEN**
Kriegs- und Preistreiber stoppen?

PANDEMIE

- 04 CORONA**
Nichts dazu gelernt

ÖKOLOGIE

- 05 KLIMA**
Unaufhaltsam in die Katastrophe?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 06 BR-MOBGING I**
Der Fall Nora

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

nach Redaktionsschluss hat uns die Nachricht erreicht, dass Daimler Trucks die Vernichtung von rund 1.000 Arbeitsplätzen beim Benz in Mannheim plant. Der komplette Busrohbau soll ins Ausland verlagert werden. (Siehe hierzu die Pressemeldung der IGM Mannheim: www.mannheim.igm.de/news/meldung.html?id=103081.)

Wir solidarisieren uns mit den Kolleginnen und Kollegen, deren Existenz aus Profitgier bedroht wird. Wir hoffen sehr, dass es ihnen und der IGM gelingt, einen wirksamen Widerstand zu organisieren.

Die vorliegende Doppelnummer der *Avanti*² befasst sich mit unterschiedlichen Facetten des immer mehr in Fäulnis übergehenden kapitalistischen Systems.

Die Theoriebeilage hat Ernest Mandels Überlegungen zu „Kriegsgefahr und Kampf um Sozialismus“ zum Inhalt.

Wir wünschen Euch einen erholsamen Sommer – trotz alledem!

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

Grafik auf der Titelseite: NPA.

INHALT

- 08 BR-MOBGING II**
Kein prominentes Beispiel?

- 08 BR-MOBGING III**
Konferenz „BR im Visier“

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 09 BR-ARBEIT**
Besser mit Strategie?

- 10 INFOABEND**
Inflation

- 11 SOMMERSEMINAR**
Militarismus, Aufrüstung, Krieg?

- 11 SOMMERFEST**
Zeit zum Feiern

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 HAMBACHER FEST**
Polizeischutz für Braune?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 KRIEGSGEFAHR**
Ursachen bekämpfen

Frankreich nach den Parlamentswahlen Für eine kämpferische Linke!

M. G.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Juni 2022 haben nach Ansicht unserer Genossinnen und Genossen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) die politische Polarisierung um drei Blöcke (dem neoliberalen Macrons, dem rechtsextremen Le Pens und dem linken Mélenchons) bestätigt.

Mit 244 Abgeordneten hat die Partei von Staatspräsident Macron die absolute Mehrheit der Abgeordneten weit verfehlt. Das schwächt seine Position als „schlecht gewähltes Staatsoberhaupt“ weiter.

Politische Instabilität

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung wird die politische Instabilität verstärken und die Krise der parlamentarischen Demokratie vertiefen. Letztere drückt sich auch in der hohen Wahlenthaltung (ca. 54 %) aus. Besonders groß war die Wahlenthaltung in der Jugend und in der arbeitenden Klasse.

Trotz ihrer Kritik an der „linken Volksfront“ NUPES begrüßt die NPA, dass Mil-

lionen von Menschen ihren Protest gegen Macrons neoliberale Politik mit ihrem Votum für kapitalismuskritische Kandidaturen zum Ausdruck gebracht haben

Faschistische Gefahr

Die Ergebnisse der extrem rechten RN (Nationale Versammlung) sind für die NPA alarmierend. Mit 89 Abgeordneten hat sie einen historischen Erfolg erzielt und sich in vielen Regionen noch stärker verankert.

Für die NPA besteht die aktuelle Herausforderung darin, durch die heutigen Kämpfe die Bewegungen von morgen vorzubereiten. Sie tritt dafür ein, Bündnisse gegen den autoritären Neoliberalismus zu bilden und zu stärken. Derzeit stehe die aktive Verteidigung der Renten und der

öffentlichen Dienstleistungen für die gesamte politische, soziale und gewerkschaftliche Linke im Mittelpunkt.

Es sei höchste Zeit – so die NPA –, in den kommenden Monaten eine „Linke des Kampfs“ aufzubauen. ■



Für eine Linke des Kampfes stimmen! Foto: NPA.

Kriegs- und Preistreiber stoppen!

O. T.

Die Lebenshaltungskosten in Deutschland steigen seit Monaten so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Ein Ende der Inflation ist jedoch nicht in Sicht.

Im Mai 2022 lag der durchschnittliche Anstieg der Preise gegenüber dem Vorjahr offiziell bei 7,9 Prozent. Schneller als die Lebenshaltungskosten schießen derzeit nur die Aktienkurse der Kriegsindustrie nach oben. So legte der Börsenwert des Rüstungskonzerns Rheinmetall nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine um 158 % zu.

Die schon lange vor dem russischen Überfall auf die Ukraine gestiegenen Preise widerlegen auch die Behauptung der bürgerlichen Politik, die wachsenden Lebenshaltungskosten seien vor allem durch diesen Krieg verursacht.

Die steigenden Lebenshaltungskosten sind eine massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – zum Schaden der arbeitenden Klasse und der Armen, aber zum Nutzen der Großkonzerne und der dahinterstehenden Superreichen.

Ursachen der Inflation

Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich seit 2018/19 in einer schweren Überproduktionskrise. Im Frühjahr 2020 hat die Corona-Pandemie diese Wirtschaftskrise massiv verschärft. Die weltweite Wirtschaftsleistung sank um 3,4 Prozent und damit viel stärker als in der Krise von 2008/09 (- 1,3 %).

Das Zusammenwirken von Überproduktion und Pandemie hat dazu geführt, dass die weltweiten Lieferketten unterbrochen wurden. Viele kleine und mittlere Zulieferbetriebe gingen pleite. Die Industrieproduktion kann derzeit teilweise nur stockend hochgefahren werden – weil der internationale Seehandel immer noch beeinträchtigt ist, weil Vorprodukte nicht hergestellt werden und weil Rohstoffe verknappt werden. Auch deswegen sind viele Güter massiv verteuert worden.

Fossiler Kapitalismus

Die jetzt schon spürbaren Auswirkungen der drohenden Klimakatastrophe zeigen, dass die Kosten der notwendigen Energiewende auch für die Unternehmen immer höher werden. Energievermeidung steht aber in Widerspruch zum kapitalistischen Wachstumswahn. Zudem stehen erneuerbare Energien immer noch nicht ausreichend zur Verfügung.

Durch die wieder anspringende Konjunktur ist die Nachfrage nach Energie gestiegen. Der Preis für Rohöl hat sich dadurch – und durch spekulative Manöver – zwischen Oktober 2020 und Oktober 2021 verdoppelt. Der Preis für Gas ist um 130 Prozent gestiegen und der für Kohle um 342 Prozent. In diesen Zahlen sind die Preissteigerungen aufgrund des Ukrainekrieges noch gar nicht enthalten.

Hinzu kommt die CO2-Steuer, mit der die Kosten für den Umbau der Industrie auf die arbeitende Klasse abgewälzt werden. Sie wurde im Januar 2021 eingeführt und soll bis 2025 schrittweise steigen. Konkret wirkt sich das in einem Aufschlag auf die Preise von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas aus.

Inflationstreiber Notenbanken

Zu den genannten wirtschaftlichen Reibungen und staatlichen

Maßnahmen kommt die Geldpolitik der Notenbanken. Bis Ende Januar 2021 haben allein die amerikanische, die europäische und die japanische Notenbank Geld in Höhe von 14 Billionen US-Dollar neu geschaffen und damit staatliche Krisenprogramme finanziert. Diese bestanden wiederum vor allem aus Krediten, Subventionen und Garantien für Unternehmen.

Wird die Geldmenge ausgedehnt, führt dies jedoch über kurz oder lang zwangsläufig zu einer Entwertung des Geldes – zur Inflation. Bei gleichbleibenden Löhnen bedeutet Inflation, dass die Kaufkraft sinkt. Inflation ist also ein weiteres Mittel zur Umverteilung von unten nach oben.

Ukrainekrieg als Preistreiber

Das jahrzehntelange Festhalten an den fossilen Brennstoffen hat auch zu einer umfassenden Abhängigkeit von den Lieferanten dieser Brennstoffe, insbesondere von Russland, geführt. Angesichts des russischen Angriffskrieges rächt sich das jetzt. Die westliche „Sanktionspolitik“ gegen Putin setzt vor allem auf ein Embargo fossiler Energieträger aus Russland. Dadurch bringen sich der „Westen“ und vor allem Deutschland selbst in allergrößte wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Weil Deutschland Gas und Öl aus politischen Gründen jetzt nicht mehr in Russland, sondern zum Beispiel in Katar, in Saudi-Arabien oder den USA einkaufen will, können diese Anbieter massive Preisaufschläge verlangen. Von steigenden Preisen am Weltmarkt profitiert übrigens nicht zuletzt Putins Regime. Hingegen haben weltweit die Ärmsten der Armen und die abhängig Beschäftigten, die Folgen zu tragen.

Es ist an der Zeit, den Kriegs- und den Preistreibern das Handwerk zu legen. Eine offensive gewerkschaftliche Lohnpolitik und der Kampf für eine gleitende Lohnskala sind dafür unabdingbar. ■



Demo „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ in Frankfurt, 28. März 2009.

Foto: Privat.

Corona – Durchseuchung statt Prävention? Nichts gelernt!

N. B.

Corona, immer noch. Können die nicht mal Ruhe geben mit dem Thema? Das kann doch niemand mehr hören!

Wie gerne würden wir Ruhe geben mit diesem (im wahrsten Sinne des Wortes) leidigen Thema! Der Wunsch nach dem Ruhegeben begleitet uns schon fast so lange wie die Pandemie selbst.

Schon nach der ersten Welle hatte niemand mehr Kraft für „das Thema“, Familien waren ausgelaugt, Arbeiterinnen und Arbeiter völlig entkräftet, medizinisches Personal über die Grenzen des Tragbaren und fast des Möglichen gegangen. Mit jeder weiteren Welle nimmt das noch zu, und wir denken und hoffen: Schlimmer kann es jetzt nicht mehr kommen. Und dann kommt es doch so.

Auf Kosten der Armen

Seit Beginn der Corona-Pandemie begleitet uns auch die Ideologie und die Politik der Durchseuchung, mal mehr und mal weniger aggressiv und offensiv. Weitergebracht hat sie uns offensichtlich nicht; wir stehen am Beginn der siebten Welle.

Seit einem guten halben Jahr haben wir es hauptsächlich mit einer Virusvariante zu tun, die im individuellen Fall der Infektion meist weniger gefährlich ist. Dafür ist sie wesentlich ansteckender.

Das sorgt dafür, dass die Zahlen der Neuinfektionen, der Hospitalisierungen und der Todesfälle seit Monaten auf einem unfassbar hohen Plateau schwanken. Handlungsleitendes Ziel der „Corona-Politik“ ist, das Plateau zu halten, statt zum Nullpunkt zurückzukehren.

Die Gefahren, die auch die Omikron-Variante mit sich bringt, werden in äußerster hauswirtschaftlicher Sorgfalt unter den Teppich gekehrt. Nach den Dutzen von Menschen, die in Deutschland täglich am Corona-Virus sterben, muss man in den gedruckten wie digitalen Medien regelrecht suchen.

Die Problematik von Long COVID ist zwar mittlerweile allgemein bekannt, aber offenbar gekonnt verdrängt. Dabei schränkt diese Krankheit in Folge der Corona-Erkrankung viele Menschen massiv und oft

lange Zeit in ihrem Alltags- und Arbeitsleben ein.

Erwähnung finden die langzeiterkrankten Menschen lediglich ab und an, wenn es um ihre wegfallende Arbeitskraft als Folge der Pandemie für die Wirtschaft geht. Erwähnung finden also nicht die Menschen an sich, sondern die „Humanressourcen“.

Das Risiko, Arbeitskräfte für die Zukunft zu verlieren, ist real. Es wird aber offenbar von Firmenleitungen als nicht groß genug erachtet, um auf kurzfristigen Profit durch Ausbeutung der Arbeitskraft heute zu verzichten.

Investitionen in einen vorbeugenden gesundheitlichen Gesundheitsschutz sind sogar betriebswirtschaftlich gewinnbringend. Vor allem aber schützen sie Gesundheit und retten Leben. Dennoch setzt die Kapitaleseite hier wenig überraschend falsche und gesetzeswidrige Prioritäten.

Die Leidtragenden

Unter der Corona-Pandemie leiden insbesondere lohnabhängig Beschäftigte und Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Große Teile der arbeitenden Klasse können sich ohne einen flächendeckenden Infektionsschutz auch am Arbeitsplatz nur schwer gegen eine Corona-Infektion schützen.

Der Kapitalismus zwingt die Mehrheit

der Menschen in gesundheitsschädigende Verhältnisse. Für sie ist nicht nur die Infektionsgefahr durch Corona viel höher ist, sondern auch das Risiko schwerer Verläufe mit Langzeit- bzw. im schlimmsten Fall Todesfolgen.

Die sozialen Effekte der anhaltenden Pandemie für die arbeitende Klasse sind verheerend. Sie ist Teil der umfassenden gesellschaftlichen, ökologischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, die wir momentan erleben. Wir bekommen sie in den massiven Teuerungen zu spüren. Viele Menschen sind mit Arbeitsplatzverlusten und damit der Bedrohung ihrer Existenz konfrontiert.

Demokratischer Aktionsplan

Die chaotische, kapitalorientierte Corona-Krisenpolitik wird dafür sorgen, dass dieses Leid in seiner immer weiter zunehmenden Ungleichheit fortgeführt wird. Stattdessen brauchen wir einen gesellschaftlichen Aktionsplan. Er muss mit direkter demokratischer Beteiligung erstellt und ständig weiterentwickelt, angepasst und nachjustiert werden.

Gesundheitsschutz ist möglich und gerade in der Pandemie mehr als nötig. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass unsere Leben mehr zählen als ihre Profite! ■



Kundgebung „Solidarität in Zeiten der Pandemie“ in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Ökosozialistische Konferenz 2022

„Klima-Klasse-Widerstand“

K. S.

Vom 16. bis 19. Juni 2022 hatte die ISO zur ökosozialistischen Konferenz nach Köln eingeladen. Dachthema war „Die große Rolle rückwärts und wie wir sie aufhalten können.“

In zahlreichen Foren mit ausgezeichneten Referentinnen und Referenten wurden die verschiedenen Dimensionen der Vielfach-Krise des Kapitalismus ausgeleuchtet und diskutiert.

Große Themenspanne

Die Themenspanne war sehr groß. Sie reichte von technologischen Problemen der Wasserstoffenergie, dem Ausstieg aus dem Autoindividualverkehr, den märchenhaften Versuchen, die Atomkraft wiederzubeleben, der Klimagerechtigkeitsbewegung, dem Ökofeminismus bis hin zu Fragen der Sorge-Arbeit.

Die Abendveranstaltung am Freitag war dem Ukraine-Krieg gewidmet. Es diskutierten Ariane Dettloff von DFG-VK und Ilja Budraitskis, ein ins Exil geflohener russischer Dissident, über die Frage der Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand und die Möglichkeiten, den Krieg zu beenden. Dabei wurden die kontroversen Positionen zu diesen Themen – auch im Plenum – deutlich.

Die Redebeiträge kreisten einerseits um das Pro und Contra von Waffenlieferungen und andererseits um das Stoppen und Zerstören der Kriegsmaschine. Auch die Frage der gegenwärtigen Epoche imperialistischer Konkurrenz wurde anschließend kritisch debattiert.

Perspektiven der „Transformation“

Das Samstags-Programm suchte nach ökosozialistischen Perspektiven der „Transformation“.

Beispielsweise berichtete Wolfgang Alles über das Großkraftwerk Mannheim und dessen mögliche ökologische Umrüstung. Aufgrund der kurzsichtigen „Energiewende-Politik“ ohne gesellschaftlichen Plan drohe aber die Zerstörung des GKM. Deutlich wurde der Gegensatz zwischen dem Belegschaftsinteresse und der profitorientierten Strategie der Kapitaleseite. Letztere will durch Schließung der Kraftwerksblöcke den Betrieb praktisch abwickeln, statt durch Klima-Arbeitsplätze, eine Alternative zu entwickeln. Der wunde Punkt einer fehlenden Verknüpfung der ökologischen, der sozialen, der gewerkschaftspolitischen, der technischen und der gesamtgesellschaftlichen Fragen der „Transformation“ konnte am Fall des GKM deutlich gemacht werden.

Am Sonntag-Vormittag widmete sich die Tagung unter anderem dem Ökofeminismus. Nancy Lindisfarne stellte ihren dialektischen, herrschaftskritischen Ansatz des „Liebesknoten[s]“ vor. Er analysiert, wie sich die Herrschaftsverhältnisse gerade im persönlichen und privaten Bereich des Lebens konkretisieren. Marijke Colle hob hervor, wie die Vergesellschaftung der Sorge-Arbeit als eine Veränderungsstrategie den Geschlechterverhältnissen eine befreiende Dimension geben könnte.

Eingreifen in Krisenverhältnisse

Die Abschlussveranstaltung diskutierte die Möglichkeiten öko-

sozialistischen Eingreifens in die sich verschärfenden Krisenverhältnisse – Kriege und Krisen wie Migration und Inflation. Die stürmische Zeit und die gleichzeitige Lähmung sozialistischer Kräfte wurden auf ihre Potenziale hinterfragt.

Die Debatte warf Perspektiven auf. Sie zeigte die Vielfalt von Ideen für einen ökologischen Umbau der Produktion mit sozialistischen Zielsetzungen. Die Verbindung von Ökologie und sozialistischer Demokratie wurde als integral zusammengedacht. Die gesamte Konferenz unterstrich, wie sich in der Konkretisierung beides nicht auseinanderdividieren lassen darf.

Das Naturfreundehaus in Köln-Kalk war ein schöner Tagungsort. Trotz der großen Hitze ließen sich die einzelnen Veranstaltungen gut durchführen. Die Verköstigung war hervorragend. Wer für eine Konferenz so lecker kochen kann, der kann auch den Staat mit Lust regieren.

Es war sehr schön mit den anwesenden Genossinnen und Genossen zu diskutieren. Die Debatten bis in den Abend hinein waren sehr bereichernd. Kurzum: Es war eine gelungene Konferenz, die den Teilnehmenden persönlich viel an Ideen und Eindrücken mitgegeben hat.



FFF-Demo in Mannheim, 19. Juli 2019.

Foto: Avanti².

Vor 10 Jahren: Der Skandal bei Nora

Ein beispielhafter Kampf gegen fristlose Kündigung

Vor 10 Jahren wurde Helmut Schmitt, der Vorsitzende der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE und damalige Betriebsrat (BR) bei Freudenberg und nora systems in Weinheim, fristlos gekündigt. Der *Skandal bei Nora* wurde weit über die Region hinaus bekannt. Der für Helmut erfolgreiche Kampf um die Wiedereinstellung war beispielhaft. *Avanti*² sprach nicht nur deshalb mit Helmut, sondern auch um aktuell von Kündigung bedrohte BR-Mitglieder zum Widerstand zu ermutigen.*

Am 2. Juli 2012 hast Du von nora systems die fristlose Kündigung erhalten. Was war der Grund dafür?

Der offizielle Grund – oder besser Vorwand – war, dass ich auf einer Betriebsversammlung einen Beitrag gehalten habe. Ich berichtete über einen für die Belegschaft wichtigen Vorfall in einer Schlichtungsverhandlung, die im Rahmen der damaligen Haustarifrunde bei nora systems stattgefunden hatte. Mir wurde vorgeworfen, dass ich den Betriebsratsvorsitzenden als Verräter an den Interessen der Belegschaft denunziert hätte. Ich hätte ihn beschuldigt, als Mitglied der gewerkschaftlichen Tarifkommission dem unakzeptablen Angebot der Geschäftsleitung (GL) zugestimmt und damit einen gewerkschaftlich nicht gewollten Tarifabschluss herbeigeführt zu haben. Durch mein Verhalten hätte ich den Betriebsfrieden massiv gestört

und das Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung nachhaltig zerstört. Eine weitere Zusammenarbeit mit mir sei nicht mehr möglich. Dabei hatte ich in meinen Ausführungen weder den Begriff „Verräter“, noch Namen noch Funktion desjenigen genannt. Am 2. Juli 2012, das war ein Montag, wurde mir dann, mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit, fristlos gekündigt.

Am Freitag, den 29. Juni 2012, also unmittelbar vor der fristlosen Kündigung, hatte die BR-Mehrheit, wohl in Abstimmung mit der GL, zusätzlich ein Ausschlussverfahren aus dem Betriebsrat gegen mich eingeleitet. Als „Begründung“ wurde ebenfalls die „Störung des Betriebsfriedens“ und ein „zerstörtes Vertrauensverhältnis“ angeführt, weil ich in der Vergangenheit angeblich jegliche konstruktive Zusammenarbeit im Gremium abgelehnt

hätte. Damals war ich schon seit 29 Jahren Betriebsrat.

Ich muss noch den eigentlichen, allerdings nie offiziell geäußerten Grund nennen, warum man mich aus dem Betrieb drängen wollte. Zum Zeitpunkt meiner Kündigung wollten die „Finanzinvestoren“, die nora systems im Jahr 2008 vom Freudenbergkonzern gekauft hatten, die Firma weiterveräußern. Offensichtlich stand ich ihnen als kämpferischer Betriebsrat dabei im Weg. Die Ereignisse um den geplanten Verkauf der Freudenberg Bausysteme KG – der heutigen nora systems GmbH – in den Jahren 2006/2007 waren ihnen bekannt. Als zu dieser Zeit Freudenberg die Bausysteme KG erstmals veräußern wollte, kam es zu massiven Abwehrkämpfen der Belegschaft, die am 19. Januar 2007 in Torblockaden des gesamten Freudenbergkonzerns mündeten. Dadurch konnte der Verkauf verhindert werden. Das war ein Sieg der Belegschaft gegen die Willkür der Freudenberg-Konzernleitung, an dem ich selbst als damaliger stellvertretender BR-Vorsitzender maßgeblichen Anteil hatte. Offensichtlich um eine Wiederholung solcher Aktionen zu verhindern, kam der Geschäftsleitung der Vorfall in der Schlichtungsverhandlung gerade recht, um mich noch vor dem anlaufenden Verkaufsprozess loszuwerden.

Haben das Ausschlussverfahren aus dem BR und die Zustimmung zur Kündigung durch die BR-Mehrheit für Dich und Deine Situation eine besondere Bedeutung gehabt?

Ja, dieser Vorgang hat mich damals stark belastet. Wenn Du in einer Situation der Kündigung durch die Geschäftsleitung von Deinem eigenen Gremium bekämpft wirst und die Betriebsrats-Mehrheit auch noch



Arbeitsgerichtstermin in Mannheim, 23. August 2012.

Foto: helmut-roos@web.de.



SONDERAUSGABE

Skandal bei nora-systems

Management und BR-Mehrheit feuern kritisches BR-Mitglied

Die Betriebsratswahl hat er gewonnen, unbequem ist er schon immer, deshalb beliebt bei Belegschaft und geteilt bei Management und Mäuschern. Die Rede ist von Helmut Schmitt, dem Vorsitzenden der Weinheimer Ortsgruppe der Gewerkschaft IG BCE. Obwohl er gerade weil er 2010 die mit Abstand meisten Stimmen bei der Betriebsratswahl auf sich verbuchen konnte, wird er seitdem vom Management unter Druck gesetzt. Mit einer Klage gegen ihn, die jedoch so abwegig war, dass ihr in der Verhandlung ganz schnell die Luft ausgegangen ist und mit einer Doppel-Abmahnung, die mit einer Doppel-Niederlage der Geschäftsführung endete. Jetzt wurde er als Gipfel des ganzen, **fristlos gekündigt**. Die Begründung: Helmut habe auf der letzten Betriebsversammlung Unwahrheiten verbreitet, indem er Missstände im Betrieb und Betriebsrat angeprangert habe. Dadurch habe er den Betriebsfrieden massiv gestört. Dies wird vor dem Arbeitsgericht zu klären sein. Mit der gleichen Argumentation hat jetzt die BR-Mehrheit ein Ausschlussverfahren aus dem BR angestrengt.

Die Rolle der Betriebsratsmehrheit bei den ehemaligen Freudenberg Bausystemen war bereits bisher mehr als peinlich! Es begann damit, dass man dem Kollegen Helmut die Mitarbeit in der BR-Führung oder als freigesetztes Betriebsratsmitglied verweigerte. Danach wurde er, um ihn zu isolieren, aus bestimmten BR-Ausschüssen entfernt. Anschließend, seit dem Bekanntwerden der Sabotage der Belegschaftsinteressen während der

KBR-Info Freudenberg vom 4. Juli 2012.

Deiner fristlosen Kündigung zustimmt, dann macht das was mit Dir. Das war ja ein Vorgang, der nicht unbedingt alltäglich ist. Dass die Geschäftsleitung mich als Störfaktor oder Profitbremse begreift, weil ich mich für die Interessen der Belegschaft einsetze, das ist ja nachvollziehbar. Das spiegelt den Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital wider. Darauf muss ich mich als Betriebsrat, der sich für die Interessen der Belegschaft engagiert, einstellen. Da muss ich im schlimmsten Fall auch mit einer Kündigung rechnen. Dass aber das Gremium, in diesem Fall die BR-Mehrheit die fristlose Kündigung eines Betriebsrats-Mitglieds durch die Geschäftsleitung auch noch mit ihrer Zustimmung unterstützt, das ist nicht selbstverständlich. Dieses Vorgehen steht im völligen Widerspruch zu seiner eigentlichen Aufgabe, betriebliche Willkür und natürlich auch Kündigungen zu verhindern. Spätestens da hatte sich die BR-Mehrheit als skrupellose Erfüllungsgehilfin des Managements geoutet.

Was hat Dir geholfen, die Zeit bis zum entscheidenden Gerichtstermin durchzustehen?

Hätte ich damals nicht die Sympathien der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb gespürt, dann weiß ich nicht, wie lange ich durchgehalten hätte. Das gilt auch für die Unterstützung durch einen BR-Kollegen, der mich die ganze Zeit über im Gremium verteidigt hat, und das gilt für die meisten Vertrauensleute der Gewerkschaft IG BCE. Ich durfte ja aufgrund der fristlosen Kündigung und wegen des Ausschlussverfahrens aus dem Betriebs-

rat nicht mehr in den Betrieb hinein. Aber es hatten mich damals, neben den Vertrauensleuten, auch viele andere Kolleginnen und Kollegen angerufen, um mir ihre Solidarität zu bekunden.

Wichtig war auch die Unterstützung durch die Gewerkschaft und den Konzernbetriebsrat Freudenberg. Unmittelbar nach der Kündigung haben die Vertrauensleute ein gewerkschaftliches Flugblatt und ein Flugblatt des Konzernbetriebsrats gegen die Kündigung und gegen die Machenschaften der Betriebsrats-Mehrheit verteilt. Die Vorgänge erhielten dadurch eine erhöhte Publizität in den Medien, was sich als sehr wichtig herausgestellt hat.

In der Folge hat sich sogar ein überbetriebliches Komitee „Solidarität mit Helmut Schmitt!“ gegründet und sich für die Rücknahme meiner Kündigung eingesetzt. Unter anderem hat das Komitee am 28. September 2012 eine große Soliveranstaltung in Weinheim organisiert. Es ist heute noch als „Komitee Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Mannheim aktiv, weil sich bald gezeigt hat, dass der Skandal bei Nora kein Einzelfall war. Es meldeten sich weitere Kolleginnen und Kollegen vor allem aus der Region, die ebenfalls BR-Mobbing ausgesetzt waren oder auch noch sind. Sie unterstützen wir in ihren Auseinandersetzungen nach Kräften.

Jedenfalls haben neben meinem guten Rechtsanwalt all diese Aktivitäten und am Schluss auch die Solidaritätsbekundung vieler Kolleginnen und Kollegen bei der Verhandlung am 23. August 2012 vor dem Arbeitsgericht in Mannheim zur erfolgreichen Gegenwehr beigetragen. Ende 2012 erklärte das Gericht sowohl meine Kündigung als auch den Rausschmiss aus dem Betriebsrat für unwirksam. Ab dem 2. Januar 2013 konnte ich wieder ganz normal als BR-Mitglied im Unternehmen weiterarbeiten.

Als Du den Kündigungsschutzprozess gewonnen hattest, wurdest Du dann in Ruhe gelassen?

Da muss ich erwähnen, dass ja gleichzeitig mit meiner Kündigung der Verkaufsprozess für nora systems wieder angelaufen ist, mit dem Ziel, ihn bis zum Jahresende abzuschließen. Dies ist nicht gelungen, weil offensichtlich die vielen Berichte über meine Kündigung im Internet und die damit verbundenen Negativschlagzeilen für nora systems potenzielle Kunden vom Kauf abgehalten haben.

Dies zeigt sich auch daran, dass am 6. Februar 2013 der damalige Geschäftsführer von nora systems von den Finanzinvestoren wegen Erfolglosigkeit geschasst worden ist. Ob das wegen meiner erfolglosen Kündigung oder wegen des erfolglosen Verkaufs erfolgt ist oder wegen beidem zusammen, darüber kann man spekulieren. Auf jeden Fall hat dies die neue Geschäftsleitung bewogen, mich nach diesen Vorfällen weitgehend in Ruhe zu lassen. Dies trifft allerdings nicht auf die damalige BR-Mehrheit zu, die auch nach ihrer Niederlage nichts unversucht gelassen hat, um mir an den Karren zu fahren.

Wie hast Du oder wie habt Ihr es geschafft, in diesem Gremium zu überleben und damit den Weg für die Aktiven der IG BCE zu ebnen, die seit der letzten BR-Wahl die Mehrheit stellen?

Für mich oder für uns war immer wichtig, den Kontakt zu den Beschäftigten zu pflegen, zu wissen was ihre Probleme sind und mit ihnen darüber ins Gespräch zu kommen. Die Belegschaft muss wissen und spüren, dass Du sie unterstützt und dass Du glaubwürdig bist. Du brauchst bei solchen Auseinandersetzungen Verbündete, auf die Du Dich verlassen kannst, sonst hast Du verloren. Zielsetzung muss sein, Mehrheiten aus der Belegschaft zu gewinnen, das allein schützt schon vor Angriffen. ■

nora systems GmbH / Weinheim

Verraten, gemobbt, belogen, verkauft?

Solidarität mit Helmut Schmitt!

Info des Solikomitees vom 6. November 2012.

*[Die Fragen stellte Klaus-Dieter Baumann am 25. Juni 2022.]

Dulger-Firma ProMinent BR-Mobbing nach Art des Hauses

H. N.

Nach wie vor übt sich die Dulger-Firma ProMinent in Heidelberg in Betriebsrats-Mobbing. Betroffen davon sind in der IG Metall organisierte BR-Mitglieder sowohl der ProMinent GmbH als auch der ProMinent Deutschland GmbH.

Die skandalösen Vorgänge sind von besonderer Tragweite. Insbesondere weil der jüngere der beiden Dulger-Brüder sowohl Miteigentümer und Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsleitung als auch Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.“ (BDA) ist. Der BDA gilt als der bedeutendste deutsche Kapitalistenverband.

Das ProMinent-Management hatte bereits in den letzten Monaten seine Attacken gegen IGM-Betriebsräte verschärft. Zunächst soll vor allem der langjährige bisherige BR-Vorsitzende nach Art des Hauses fertig gemacht werden.

Ein wesentlicher Hintergrund für dieses kriminelle Betriebsrats-Mobbing ist, dass die Unternehmensführung dem Vernehmen nach massiv Arbeitsplätze von Heidelberg ins Ausland verlagern will.

Ein handlungsfähiger BR könnte in einer solchen Situation besser die Interessen der Belegschaft vertreten. Unter anderem würde das Ergebnis eines konsequent durchgesetzten Sozialplans und Interessenausgleichs den Durchmarsch des Managements beeinträchtigen und zugleich den enormen Profit des Unternehmens schmälern.

Um das zu verhindern, wurde im Frühjahr 2022 eine firmennahe „gelbe“ Liste installiert. Sie hat – wie zu hören ist – unter rechtswidrigen Umständen eine ganz knappe Mehrheit bei den BR-Wahlen am 5. April 2022 erringen können (vgl. hierzu *Avanti*² von Mai 2022).

Wegen ihrer haltlosen „Verdachtskündigung“ gegen den bisherigen BR-Vorsitzenden der ProMinent GmbH sieht sich die Geschäftsleitung gezwungen, diese vor dem Arbeitsgericht Mannheim (Kammern Heidelberg) durchzusetzen. Vom Gericht angesetzte Termine mussten aus fadenscheinigen Gründen mehrfach verschoben werden. Mit dieser Taktik sollen von BR-Mobbing Betroffene noch schneller müde und krank gemacht werden.

Am 8. Juni 2022 konnte dann endlich ein „Gütetermin“ stattfinden. Wie zu erwarten war, kam es dabei zu keiner Einigung. Die öffentliche Verhandlung wurde von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen besucht. Sie drückten damit ihre Solidarität mit dem von Existenzvernichtung bedrohten Betriebsrat aus.

Das Hauptverfahren vor der zuständigen Kammer ist nun auf den 27. Oktober 2022 festgesetzt worden.

Mehr denn je sind jetzt die IG Metall Heidelberg, der DGB und nicht zuletzt die Belegschaft von ProMinent gefordert, dem BR-Mobbing in der Dulger-Firma ein Ende zu bereiten. ■



Foto: Privat.

Solidarität im Arbeitsgericht Heidelberg, 8. Juni 2022.

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ „Gegenwehr stärken!“

H. N.

Seit 2014 organisiert das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim die Konferenz „Betriebsräte im Visier“.

Am 15. Oktober 2022 findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus die neunte bundesweite Tagung statt.

Im Zentrum der diesjährigen Konferenz steht zum einen die Auswertung des Geschehens um die zurückliegenden BR-Wahlen. Zum anderen geht es um konkrete Strategien zur erfolgreichen Verteidigung der verbrieften Rechte von Interessenvertretungen im Betrieb.

„Starke gewerkschaftliche Gegenmacht“, so heißt es in der Einladung des Mannheimer Komitees, „ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können.“

Es empfiehlt sich eine frühzeitige Anmeldung für die Konferenz per Mail bei: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de.

Weitere Infos zur Tagung im Netz unter: www.gegen-br-mobbing.de. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenwehr stärken!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Kai Burmeister (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (IGM Mannheim)
Petra Jentzsch (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 15. Oktober 2022

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL, Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“,
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln

Betriebsratsarbeit Besser mit Strategie (Teil I)

U. D.

Am 21. Mai 2022 fand das Frühjahrs-Seminar der ISO Rhein-Neckar zu Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit statt (wir berichteten in *Avanti*² von Juni 2022). Das Einleitungsreferat setzte sich mit den Rahmenbedingungen und Erfordernissen von Betriebsratsarbeit auseinander. Der im Folgenden veröffentlichte Teil I behandelt den gesellschaftlichen Rahmen.

Der Betriebsrat ist im deutschen Betriebsverfassungsgesetz das wichtigste Vertretungsorgan der Belegschaft. Seine Rechte sind umfangreicher als die der Schwerbehindertenvertretung, der Jugend- und Auszubildendenvertretung und des Wirtschaftsausschusses; von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ganz zu schweigen.

Allerdings sind diese Rechte so begrenzt, dass sie die alleinige Entscheidungsmacht der Firmenleitung in zentralen Unternehmensfragen nicht wirklich einschränken.

Dennoch kann ein Betriebsrat – sofern er klassenpolitisch strategisch und taktisch klug handelt – das innerbetriebliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der Beschäftigten verändern. Nicht zuletzt deswegen ist es wichtig und richtig, im Betriebsrat aktiv zu sein. Dabei sollte jedoch eines nicht vergessen werden: Betriebsratsarbeit ist nur ein – wenn auch wichtiger – Teil des politischen und gewerkschaftlichen Handelns im Betrieb.

Bevor auf die Betriebsratsarbeit selbst eingegangen wird, sollen ihre Rahmenbedingungen skizziert werden.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Das *Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels beginnt mit dem Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Und nur einige Sätze weiter steht: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Fast noch drastischer beschrieb es Warren Buffet, einer der reichsten Menschen der Welt: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Gegensätzliche Klasseninteressen

Der Gegensatz unterschiedlicher Klasseninteressen ist trotz aller Verschleierungsversuche nach wie vor kennzeichnend für die heutige Gesellschaft. Alle Menschen, ob arm ob reich, ob Lohnabhängige oder Kapitalisten leben in derselben globalisierten, kapitalistischen Welt. Aber sie sind sehr unterschiedlich von diesem Wirtschaftssystem betroffen. Während einige Wenige ultrareich sind und ins Weltall fliegen, leidet die übergroße Mehrheit unter steigenden Preisen für Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Lebensmittel und Energie.

Die zentrale Triebfeder dieses Systems ist nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern die Erzielung des größt-

möglichen Profits. Dieses System lebt von der rücksichtlosen Ausbeutung von Menschen und Natur sowie der Verschwendung vorhandener Ressourcen. Es kennt nicht internationale Solidarität, sondern nur die politische, militärische und wirtschaftliche Macht des Stärkeren. Es ist wesentliche Ursache für die drohende ökologische Katastrophe. Es führt zu einem permanenten Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte und erzeugt so eine ständige Kriegsgefahr.

Politische Organisation

Zwischen dieser gesellschaftlichen Realität und dem betrieblichen Alltag besteht ein direkter, wenn auch nicht offen wahrnehmbarer Zusammenhang: Die „Organisation“ dieser Gesellschaft – Wirtschaftssystem, Gesetze, Rechtsprechung, herrschende Politik, Steuern, Sozialversicherung, Bildungssystem, Gesundheitsversorgung usw. – ist im Kern nicht für die arbeitenden Klassen gemacht, sondern dient in erster Linie der Sicherung und Mehrung des Reichtums weniger.

Wie wir leben und arbeiten wird also nicht nur im Betrieb entschieden. Daher lassen sich mit Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit im Betrieb das Klassenbewusstsein der Belegschaften erhöhen und die gewerkschaftliche Organisation stärken. Aber dies alleine reicht nicht aus, um die beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Dazu braucht es die politische, überbetriebliche und letztendlich auch internationale Organisation. ■



Protest bei ICL-Giulini in Ludwigshafen, 19. Januar 2015.

Foto: Avanti².

„Inflation – Wie den Preistreibern das Handwerk legen?“

ISO-Infoabend Juni 2022

K. S.

Die Inflation greift uns allen ins Portemonnaie. Doch wie lässt sich die Teuerung erklären? Vor allem aber, was können wir dagegen unternehmen?

Unser ISO-Infoabend am 24. Juni 2022 stellte die Inflationsbekämpfung von unten in den Mittelpunkt. Ausgangspunkt des einleitenden Referats war die Tatsache, dass die offizielle Steigerung der Preise um 7,9 Prozent im Mai 2022 zu einem Verteilungskonflikt geraten ist.

Durch den Krieg kommt es zu einer weiteren Inflationsdynamik, doch war die Preissteigerung schon vorher bemerkbar.

Vier Ursachen

Unser Referent nannte vier Ursachen der Preistreiberei:

1. Die Unterbrechung der Lieferketten. Es kam bereits durch die Pandemie zu Stockungen und Unterbrechungen der Transportwege und der Schließung von Zuliefererbetrieben in den Fertigungsketten.

2. Die Abwälzung der Energiewende auf die arbeitende Klasse. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen geht mit Teuerungen von Gas, Kohle und Öl einher. Die erneuerbaren Energien sind nicht ausreichend ausgebaut, um dies aufzufangen.

3. Die Geldpolitik der Notenbanken dehnte die Geldmenge aus. Das billige Geld und die Nullzinspolitik bläht die Menge des verfügbaren Geldes auf.

4. Die „Sanktionen des Westens“ gegen Russland aufgrund des Ukraine-Krieges werden vor allem als Embargo der fossilen Energieträger geführt. Zudem gibt es Schwierigkeiten beim Ersatz der russischen Lieferungen vor allem von Gas. Doch gerade dies beschleunigt die Teuerung der Energie aufgrund der spekulativen Verknappung des Angebots.

Die explodierenden Kosten werden durch die Preissteigerungen bei Energie, Lebensmittel und anderen Waren und Dienstleistungen vor allem von den Armen und den Arbeitenden bezahlt.

Die „Lohn-Preis-Spirale“, wie sie von Kapitaleseite als Begründung ins Feld geführt wird, ist Propaganda. Im Vorfeld der Inflation gab es keine „Hochlohnpolitik“. Die Preise folgen nicht den Löhnen, sondern umgekehrt. Seit Jahren liegen die Tarifabschlüsse unter der Inflationsentwicklung.

Was tun?

Unser Referent führte die gleitende Lohnskala ins Feld, um einen Ausgleich zwischen Löhnen und Inflation durchsetzen zu können. Eine Anpassung sämtlicher Löhne und Sozialleistungen (Hartz IV, Rente, Wohngeld etc.) an die Preisentwicklung sei eine historisch wirksame Gegenmaßnahme zum Schutz der Reallohne vor der Inflation.

Die gleitende Lohnskala wurde in Europa mehrfach erprobt. Etwa in Frankreich von 1952 - 82 und in Italien von 1975 - 92. Sie ist noch immer in Kraft in Belgien seit 1919/20 und in Luxemburg seit 1921.

Der Referent beschrieb detailliert wie der Bestimmungsmechanismus über den Warenkorb und den Schwellenindex in beiden Ländern funktioniert. Das sind erfolgreiche Beispiele ei-

ner Inflationsbekämpfung im Interesse der Mehrheit und ein Kampfmittel von unten gegen die Preistreiberei. Allerdings kann der Mechanismus der gleitenden Lohnskala nicht Auseinandersetzungen um Tarifverträge ersetzen.

Ergänzt werden sollte die gleitende Lohnskala durch eine gleitende Skala der Arbeitszeit, wie sie im Übergangsprogramm der IV. Internationale gefordert wird. Die verfügbare Arbeit wird dann solange verkürzt, bis alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich Arbeit finden können.

Doch um diese Gegenmaßnahmen durchzusetzen, braucht es massenhafte Bewegung von unten.

Fruchtbare Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden die Fragen gestellt: Wie seid Ihr von der Inflation betroffen? Wie fällt sie auf? Was seid Ihr bereit dagegen zu tun? Welche Möglichkeiten seht Ihr? Welche Ideen habt Ihr?

Ergebnis des Austauschs war, dass alle in irgendeiner Form die Teuerungen zu spüren bekommen. Aber auch dass eine gewisse Lähmung spürbar ist, etwas dagegen zu tun. Die Preisteigerungen sind eine Realität, auf die wir noch keine Antwort durch die Aktion gefunden haben.

Proteste, Energiepreistreik, Tarifpolitik – das gemeinsame Handeln ist als Idee vorhanden. Doch fehlt es bisher weitgehend an kollektiver Aktion durch Demos und Streiks. Ein erster Schritt könnte es sein, die laufenden und bevorstehenden gewerkschaftlichen Entgelttarifrunden zu unterstützen. Ein zweiter, die gleitende Lohnskala zu popularisieren. Ein dritter, eine kollektive Gegenbewegung zu initiieren, die zu einer breiten sozialen Front gegen die Preistreiberei und ihre Profiteure führt.

Es müssen und können Wege gegen die „Profit-Preis-Spirale“ gefunden werden, um die verbreitete Lähmung zu überwinden. So das Fazit unseres sehr gewinnbringenden Diskussionsabends. ■



Transparent der IGM-VL von Alstom Mannheim, 18. April 2012.

„Militarismus, Aufrüstung, Krieg - Was tun?“

ISO-Sommerseminar am SAM, 13. August 2022, ab 13:00 Uhr in Mannheim

M. G.

Mit dem verbrecherischen Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine hat die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus eine weitere Zuspitzung erfahren. Die von Kanzler Scholz danach verkündete „Zeitenwende“ symbolisiert die Verschärfung des Klassenkampfes von oben, die sich in praktisch allen Bereichen von Gesellschaft, Politik, Umwelt und Wirtschaft auswirkt.

Laut Deutschlandtrend vom 2. Juni 2022 sehen die Befragten als derzeitiges Hauptproblem den Ukraine-Krieg. Danach folgen mit einigem Abstand die Sorgen wegen der Inflation und knapp danach die Befürchtungen wegen der Umweltzerstörung bzw. wegen des Klimas.

Fakt ist: Unser Leben, unsere Gesundheit und unsere demokratischen Grundrechte geraten durch die Jagd nach noch mehr Profiten und die Machtkämpfe der Herrschenden immer mehr in Gefahr.

Umso mehr stellen sich uns Fragen: Wie können wir gemeinsam mit anderen diese gefährlichen Tendenzen stoppen? Welche Alternativen können wir zu dem immer bedrohlicher werdenden Krisenknäuel entwickeln? Und wie können wir sie durchsetzen?

Bei unserem Sommerseminar „Militarismus, Aufrüstung, Krieg - Was tun?“ wollen wir uns unter sorgsamer Beachtung des Gesundheitsschutzes mit drei Schwerpunktthemen befassen.

Erstens möchten wir die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg untersuchen. Zweitens beabsichtigen wir, von den geschichtlichen Erfahrungen erfolgreicher Antikriegsbewegungen zu lernen. Und drittens haben wir vor, ein Aktionsprogramm gegen Militarismus, Aufrüstung und Krieg für die heutige Zeit zu skizzieren.

Mit kurzen Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen versuchen, auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten zu finden.

Das Seminar findet in gut geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim statt. Beginn ist am Samstag, den 13. August 2022, ab 13:00 Uhr, Ende gegen 18:00 Uhr. Anschließend beginnt am selben Ort unser Sommerfest.

**Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar,
Postfach 1026110, D-68026 Mannheim,
Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.**

Sommerfest 2021 – SAM, 13. August 2021, 18:30 Uhr Gemeinsam aktiv, gemeinsam feiern!

M. G.

Unter Corona-Bedingungen merken wir sicherlich alle noch mehr als sonst, dass es höchste Zeit ist, unser gemeinsames politisches Engagement mit dem gemeinsamen Feiern zu verbinden. Am Samstag, den 13. August 2022, findet deshalb ab 19:00 Uhr in Mannheim das diesjährige Sommerfest der ISO Rhein-Neckar statt.

Gerade in Zeiten des kapitalistischen Niedergangs kommt der persönliche Austausch aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Verteidigungs-Aktivitäten oft zu kurz. Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Um die nach wie vor erforderlichen Gesundheitsschutzregeln (Abstand, Hygiene, ...) achtsam einhalten zu können, haben wir ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räumlichkeiten organisiert.

Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt, auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Wir freuen uns dennoch, wenn Ihr die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringt.

**Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar,
Postfach 1026110, D-68026 Mannheim,
Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.**



Fest in der Mannheimer Neckarstadt, 14. Juli 2018.

Foto: Avanti².

Hambacher Fest der besonderen Art „Gelebte Demokratie“ zur Unterstützung des Faschismus?

E. B.

Einen „Marsch aufs Schloss“ hatten Querleugner-Kanäle für den 28. Mai 2022 in Neustadt an der Weinstraße angekündigt.

Aufgerufen zur Umwidmung des „Demokratiefestes“ auf dem Hambacher Schloss hatten unter anderem der Unternehmer und „Corona-Aktivist“ Wolfgang Kochanek, die örtliche „AfD“ und die „Freien Pfälzer“.

Ihre Demo war nicht erlaubt worden. Solange wie geladene Gäste an der Festveranstaltung teilnahmen, hinderte die Polizei zunächst die trotz Verbots angetretene Menge aus meist männlichen Impfgegnern, Neonazisten, Reichsbürgern und Verschwörungsideologen am Zutritt. Danach wurde der rechte Marsch „spontan“ genehmigt.

3.000 konnten so ungehindert auf das Schlossgelände vordringen. Antisemitische und den Holocaust relativierende Parolen waren zu hören. Aktivistinnen und Aktivisten der Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt und des Bündnisses gegen Rechts, die Infostände auf der Schloss-ter-

rasse aufgebaut hatten, wurden von dem braunen Pöbel beleidigt und mit Müll beworfen. Auf Drängen der Polizei mussten sie ihre Stände abbauen, um die rechten Marschierer nicht „zu provozieren“.

Das Regionale Bündnis gegen Rechts Neustadt bezeichnete danach in einer Stellungnahme das Fest als gescheitert und forderte „eine lückenlose Aufarbeitung der Vorfälle“. Dem Bündnis zufolge „scheint das Hambacher Demokratiefest in einer Reihe [von] ... rechten Erfolgen, symbolträchtige Orte der Demokratie zu okkupieren, zu stehen. Dies hätte nicht geschehen dürfen.“

Stadt und Polizei hingegen sprechen in Zusammenhang mit der rechten Demo, aus der Antifaschistinnen und Antifaschisten bedroht und die Erinnerung an die Opfer von Nazi-Terror und Holocaust verhöhnt wurde, von „gelebter Demokratie“. Das muss, wie es die VVN-BdA formulier-

te, als „zynische Verdrehung der Tatsachen“ angesehen werden. Denn dieses Demokratiefest der besonderen Art war ein weiteres Beispiel des verständnisvollen Umgangs von etablierter Politik und Polizei mit den Feinden demokratischer Grund- und Menschenrechte. ■



Zug zum Hambacher Fest 1832. (Teilkolorierte Federzeichnung von Erhard Joseph Brenzinger mit falscher Farbreihung der Fahnen.)

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 02.07.2022, 12:30 Uhr, Arbeitskämpfe bei BBC, Kulturhaus Käfertal
- SO, 03.07.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 07.07.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 14.07.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DI, 19.07.2022, 19:00 Uhr, Namibia-Veranstaltung, B 5, 19, MA
- FR, 22.07.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*
- DO, 28.07.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SAM, 13.08.2022, 13:00, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar*
- SAM, 13.08.2022, 19:00, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der geltenden Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

